

BdSt zum 13-Milliarden-Euro-Loch im Bundeshaushalt 2018



Die vom Bundeskabinett verabschiedeten Eckwerte zum Bundeshaushalt 2018 kritisiert der Bund der Steuerzahler (BdSt) heftig.

Das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt steigt, und dies trotz brummender Konjunktur und Rekordsteuereinnahmen sowie niedriger Zinsausgaben, wie zuletzt im Jahr der Wiedervereinigung.

Eine Analyse der Eckwerte offenbart ein **Loch von mehr als 13 Milliarden Euro** im Haushalt 2018. Das ist ein deutlich größeres Defizit als im aktuellen Haushalt 2017 mit rund 10 Milliarden Euro.

Für den Verband steht fest: Am Ende kann die Schwarze Null jeweils nur gehalten werden, weil auf temporär verfügbare Reserven –die Flüchtlingsrücklage– zurückgegriffen wird. Dass die regulären Einnahmen nicht ausreichen, um alle Ausgabenwünsche der Ministerien zu finanzieren, liegt an der expansiven Ausgabenwut der großen Koalition, kritisiert der BdSt.

Die Bundesfinanzen sind nicht zukunftsfest. Ob Sozialpolitik, die Spendierfreudigkeit gegenüber

den Ländern oder die zunehmend aufgeblähte Bundesverwaltung: Union und SPD verspielen die historisch guten Rahmenbedingungen, um den Bundeshaushalt nachhaltig zu konsolidieren. Darüber können die unerwartet hohen Haushaltsüberschüsse der vergangenen Jahre nicht hinwegtäuschen.

Die Rücklage von derzeit rund 19 Milliarden Euro wird benötigt, um die aktuellen und künftigen Haushaltslöcher zu stopfen. Im Gegenzug verwehrt die große Koalition Bürgern und Betrieben weiterhin spürbare Entlastungen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und ignoriert den Abbau von Altschulden.

Der BdSt appelliert sowohl an die große Koalition als auch an alle Parteien im Wahlkampf: Es darf keinen Überbietungswettbewerb bei neuen Wunsch-Dir-Was-Ausgaben geben. Die gute Konjunktur und die Niedrigzinsphase täuschen darüber hinweg, daß jetzt große Sparanstrengungen im Bundeshaushalt gefragt sind. Wer künftig stabile Bundesfinanzen haben will, kommt an Einsparungen nicht vorbei!

(Bund der Steuerzahler)

Wir meinen: Franz Josef Strauß sagte 1982: "Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als Sozialdemokraten sparsam mit Geld umgehen können..." - Heute müßte er auch die Christdemokraten und Andere in seine Aussage einbeziehen...